

<p style="text-align: center;"><b>SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</b> ( Antrag Nr. 2554/2010 )</p>
--

Eingereicht am 13.12.2010 um 09:12 Uhr.

**Jugendhilfeausschuss, Verwaltungsausschuss, (Sozialausschuss zur Kenntnis!)**

---

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Drucksache Nr. 1138/2010 (Fortschreibung Regionalkonzept "Gemeinsame Erziehung von Kindern mit und ohne Behinderung in Tageseinrichtungen in Hannover")**

**Antrag**

Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Fortschreibung des Regionalkonzeptes "Gemeinsame Erziehung von Kinder mit und ohne Behinderung in Tageseinrichtungen in Hannover" einen flexiblen, fall- und einrichtungsbezogenen Übergang von der Integration- in die Inklusionsbetreuung einzubeziehen. Dabei ist zu beachten, dass die Inklusion eine Veränderung des Betreuungssystems bedeutet und Reformen auf allen Ebenen nach sich zieht (Pädagogik, Elternarbeit, Träger, Verwaltung, Politik, Gesellschaft).

**Begründung**

Die UNSECO Konferenz 1994 in Salamanca hat eine Erklärung über die Inklusion als wichtigstes Ziel der internationalen Bildungspolitik formuliert. Am 26. März 2009 trat die UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland in Kraft. Die Konvention ist in der Bundesrepublik Deutschland ein verbindlicher Handlungsrahmen.

Es ist dringend notwendig, diesen gesellschaftspolitischen Ansatz in Deutschland nicht nur besser bekannt zu machen, sondern an seine praktische Umsetzung unter anderem im Elementarbereich zu gehen.

Die Inklusion beruft sich auf die Menschenrechte und fordert, dass Einrichtungen für Kinder den Bedürfnissen in ihrer Gesamtheit gewachsen sein sollen. Kein Kind soll ausgesondert werden, weil es den Anforderungen der Einrichtung nicht entsprechen kann. Im Gegensatz zur Integration will die Inklusion die Kinder nicht den Bedingungen der Einrichtung anpassen, sondern die Rahmenbedingungen an den Bedürfnissen und Besonderheiten aller Kinder ausrichten.

Wegen der übergreifenden Bedeutung des Themas Inklusion halten wir die Erweiterung des Beschlussgremiums um den Migrationsausschuss für geboten.

Christine Kastning  
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau  
Fraktionsvorsitzender

Hannover / 15.12.2010